

## **RzF - 22 - zu § 8 Abs. 1 FlurbG**

- 1. Ob die Änderung des Flurbereinigungsgebiets geringfügig ist im Sinne von § 8 Abs. 1 FlurbG, richtet sich nach deren Umfang und der Beachtung des festgelegten Zwecks des Verfahrens.**
- 2. Es dient dem festgelegten Zweck der Verbesserung der Bewirtschaftungsstrukturen, wenn ein Teilnehmer die Hinzuziehung seiner Eigentumsflächen zwecks Zusammenlegung für sein Rohstoffabbauunternehmen erstrebt.**
- 3. Der Teilnehmer einer Flurbereinigung hat einen Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung über seinen Antrag auf Änderung des Flurbereinigungsgebiets.**

Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 02.03.2016 - 9 C 11007/15.OVG = LSK 2016, 150365 (Leitsatz) = NJOZ 2016, 821 = RdL 2016, 163-165 (Leitsatz und Gründe)

### *Aus den Gründen:*

- 32 a) Nach § 8 Abs. 1 FlurbG kann die Flurbereinigungsbehörde geringfügige Änderungen des Flurbereinigungsgebiets anordnen. Die Auslegung des Begriffes „geringfügige Änderung“ hat sich neben dem Wortlaut, der umfangreiche Änderungen ausschließt, auch an dem Sinn der Regelung des § 8 Abs. 1 im Verhältnis zu § 8 Abs. 2 FlurbG zu orientieren. Als geringfügige Änderungen sind danach solche anzusehen, die gerade nicht die Frage aufwerfen, ob die Voraussetzungen für eine Flurbereinigung, nämlich ihre Erforderlichkeit und das Interesse der Beteiligten, gegeben sind (§ 4 FlurbG), so dass es lediglich darum geht, das Gebiet, für das diese Voraussetzungen vorliegen, so zu begrenzen, dass der Zweck der Flurbereinigung möglichst vollkommen erreicht wird (§ 7 Abs. 1 Satz 2 FlurbG). Für die Abgrenzung zwischen geringfügigen und erheblichen Änderungen ist maßgeblich, ob die Änderung so wesentlich ist, dass das förmliche Verfahren nach §§ 4-6 FlurbG als notwendig erscheint (BVerwG, Urteil vom 16. April 1971 – IV C 36.68-in DÖV 1972, 173). Eine geringfügige Änderung des Flurbereinigungsgebietes ist nur anzunehmen, wenn sie ihrem Umfang nach keine wesentlichen Auswirkungen auf die Planung und die Bodenordnung hat, so dass die betroffenen Eigentümer vor der Anordnung der Gebietserweiterung nicht angehört werden müssen und auch ihre Mitwirkungsrechte nicht durch eine andere Zusammensetzung des Teilnehmervorstandes nach § 21 Abs. 6 FlurbG beachtet werden müssen (Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 01. Oktober 2003 – 9 C 10827/03 –, juris Rn. 20).
- 33 Demnach darf die Fläche des Erweiterungsgebietes im Verhältnis zur Fläche des bereits bestehenden Flurbereinigungsgebietes nur einen geringen Umfang einnehmen. Darüber hinaus darf die Flurbereinigung in dem Erweiterungsgebiet keine Probleme aufwerfen, die nicht bereits bei Anordnung des Flurbereinigungsverfahrens berücksichtigt worden sind. Die Flurbereinigung in dem Erweiterungsgebiet muss dem gleichen Zweck entsprechen, wie im Flurbereinigungsgebiet, denn maßgeblich für die Gebietsabgrenzung ist gemäß § 7

FlurbG der Zweck der Flurbereinigung. Gemeint ist dabei der Zweck des konkreten Verfahrens, der sich aus dem bestandskräftigen Flurbereinigungsbeschluss ergibt und nicht etwa der allgemeine Zweck einer Flurbereinigung entsprechend den Zielen der Flurbereinigung nach § 1 FlurbG oder dem Handlungsrahmen nach § 37 Abs. 1 FlurbG oder gar die bei der Durchführung der Flurbereinigung zu berücksichtigenden Belange nach § 37 Abs. 2 FlurbG (vgl. OVG RP, Urteil vom 15. Januar 2014 – 9 C 10644/13.OVG –, RdL 2015, 65 sowie juris, Rn. 25; vgl. auch Wingerter, in: Wingerter/Mayr, a.a.O. § 7 Rn. 2).

- 34 Hier ist die begehrte Änderung des Flurbereinigungsgebietes hinsichtlich der Fläche geringfügig. Die begehrte Erweiterung des Flurbereinigungsgebietes betrifft nach Angabe der Klägerin eine Fläche von 9,4 ha. Dies bedeutet bei einer Fläche des bestehenden Flurbereinigungsgebietes von 288 ha entsprechend den Angaben im 1. Änderungsbeschluss vom 6. Dezember 2011 eine Vergrößerung um lediglich 3,3 %. Sowohl hinsichtlich der absoluten Größe als auch hinsichtlich des Verhältnisses zum vorhandenen Flurbereinigungsgebiet handelt es sich dabei um eine geringfügige Änderung.
- 35 Entgegen der Ansicht des Beklagten scheitert die Annahme einer geringfügigen Änderung auch nicht daran, dass die Klägerin mit der Änderung des Flurbereinigungsgebietes einen Zweck verfolgt, der von der im Flurbereinigungsbeschluss vom 30. Dezember 2008 festgelegten Zweckbestimmung nicht gedeckt ist und deshalb das für die erhebliche Änderung nach § 8 Abs. 2 FlurbG vorgesehene Verfahren erfordert.
- 36 Ziel der Klägerin ist eine Arrondierung ihrer Eigentumsflächen, um ihren Steinbruchbetrieb erweitern zu können. Die Zusammenlegung zersplitterten oder unwirtschaftlich geformten Grundbesitzes gehört, unabhängig von den Vorteilen, die sie für die konkret beabsichtigte Nutzung auslösen, zum Gestaltungsauftrag der Flurbereinigung (§ 37 Abs. 1 FlurbG). Die Flurbereinigungsbehörde ist nach § 44 Abs. 3 Satz 1 FlurbG verpflichtet, die Landabfindung in möglichst großen Grundstücken auszuweisen. Die Bildung größerer Grundstücke ist auch Zweck der Vereinfachten Flurbereinigung L., denn im Flurbereinigungsbeschluss ist die „Verbesserung der Flächen- und Bewirtschaftungsstrukturen“ ausdrücklich genannt. Dass durch die Zusammenlegung nicht nur die landwirtschaftliche Nutzung erleichtert wird, sondern auch andere Grundstücksnutzungen, im Falle der Klägerin der Rohstoffabbau, führt nicht zu einer Änderung des Verfahrenszweckes. Der Verfahrenszweck ändert sich nicht dadurch, dass die Klägerin die Vorteile der Flurbereinigung ihrem besonderen Betrieb entsprechend nutzen will. Im Übrigen schließt die Steinbruchnutzung eine spätere landwirtschaftliche Nutzung nicht aus. Die Arrondierung ist auch soweit sie dem Rohstoffabbau dient privatnützig, denn sie nützt den Grundstückseigentümern. Wenn bei der Abfindungsgestaltung dem öffentlichen Interesse an der Erhaltung und Sicherung mineralischer Rohstoffvorkommen gemäß § 37 Abs. 2 FlurbG Rechnung getragen wird, ändert dies nichts an der Privatnützigkeit der Flurbereinigung. Ein Anspruch der Klägerin, im Rahmen der Flurbereinigung mit den für ihr Vorhaben benötigten Grundstücken abgefunden zu werden, ergibt sich dadurch allerdings nicht.
- 37 b) Der Ablehnungsbescheid vom 7. August 2015 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17. Dezember 2015 ist ermessensfehlerhaft, denn die Ermessensentscheidung ist auf unzutreffende Annahmen gestützt.
- 38 Denn sie beruht wesentlich auf der Annahme, dass zum einen eine agrarstrukturelle Verbesserung nicht erzielbar sei und auch die von der Klägerin angestrebte Arrondierung für ihren Steinbruchbetrieb nicht erreicht werden könne, weil das

Grundstück Gemarkung M. Flur ... Nr. ... gegen den Willen des Eigentümers nicht verändert werden könne; zum anderen müsse nach der Weisung des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten vom 26. August 2011 eine überwiegende Akzeptanz der Grundstückseigentümer im Erweiterungsgebiet gegeben sein. Diese Ermessenserwägungen für die Ablehnung des begehrten Änderungsbeschlusses erweisen sich als fehlerhaft.

- 39 Eine agrarstrukturelle Verbesserung ist trotz der früheren Flurbereinigung möglich. Dies wird aus der Besitzstandskarte deutlich. Danach können zumindest die Eigentumsflächen der Klägerin und des Eigentümers der Flurstücke Flur ... Nrn. ... und ..., der auch Miteigentümer des Flurstückes Flur ... Nr. ... ist, besser zusammengelegt werden. Der Abfindungsanspruch aus dem Flurstück Flur ... Nr. ... könnte möglicherweise nach Teilung des gemeinschaftlichen Eigentums gemäß § 48 FlurbG mit dem Abfindungsanspruch aus den Flurstücken Flur ... Nrn. ... und ... in einem Flurstück zusammenhängend abgefunden werden. Zumindest könnten gesondert auszuweisende Abfindungsflurstücke im Alleineigentum und im Miteigentum so nebeneinander abgefunden werden, dass eine flächenmäßig getrennte Nutzung durch die Miteigentümer trotz geringer Grundstücksbreite möglich wird. Durch eine Abfindung im kürzeren Teil der Gewanne könnte ein günstigeres Länge-Breite-Verhältnis erzielt werden, denn die Einlageflurstücke Flur ... Nrn. ... und ... sind bei einer Länge von 280 m nur etwa 20 m breit. Wie der Vorsitzende der Beigeladenen in der mündlichen Verhandlung ausgeführt hat, sind seit der früheren Flurbereinigung mit Besitzübergang im Jahr 1990 Veränderungen in der Agrarstruktur eingetreten, die eine Neuordnung rechtfertigen.
- 40 Das Einlageflurstück Flur ... Nr. ... ist zwar mit einer Gerätehalle bebaut und mit Obstbäumen bestanden, so dass eine Veränderung nur eingeschränkt möglich ist. Selbst wenn eine Veränderung nicht vorgenommen wird, bleibt aber eine Arrondierung der übrigen Flurstücke möglich. Insbesondere können die Eigentumsflächen des Eigentümers der Flurstücke Flur ... Nrn. ... und ... sowie teilweise des Flurstückes Flur ... Nr. ... im Anschluss an dieses Flurstück abgefunden werden. Dadurch könnten die Eigentumsflächen der Klägerin so arrondiert werden, dass die beabsichtigte Erweiterung des Steinbruches möglich wäre. Wie die Klägerin in der mündlichen Verhandlung erläutert hat, ist dazu eine Mindestabbaubreite von ca. 100 m erforderlich. Diese würde dann nördlich des Flurstückes Flur ... Nr. ... bei einem von Osten aus vorzunehmenden Abbau erreicht.
- 41 Die Weisung des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten vom 26. August 2011 mag eine ermessenslenkende Verwaltungsvorschrift sein. Sie betrifft aber lediglich die Anordnung von Flurbereinigungsverfahren und nicht die nachträgliche Änderung des Flurbereinigungsgebietes. Damit bindet sie nicht das Ermessen des Beklagten hinsichtlich des begehrten Änderungsbeschlusses. Eine solche Bindungswirkung hat der Beklagte jedoch fälschlich angenommen.
- 42 c) Die wegen fehlerhafter Ermessensausübung rechtswidrige Ablehnung der begehrten Änderung des Flurbereinigungsgebietes verletzt die Klägerin auch in ihren Rechten. Durch die Versagung der Einbeziehung ihrer Eigentumsflächen wird sie in ihrer Rechtsstellung als Eigentümerin betroffen, denn ihr wird die Möglichkeit genommen an den Vorteilen einer Flurbereinigung teilzuhaben. Zwar hat sie kein subjektives Recht auf Teilnahme an einer Flurbereinigung (BVerwG, Urteil vom 21. Oktober 1968 – IV C 13.68 –, Rn. 14, juris), sie hat jedoch ein subjektives Recht auf fehlerfreien Ermessensgebrauch bei der Entscheidung, ob ihre Grundstücke durch eine Flurbereinigung neu geordnet werden können.